

Hauptstadt-Bulletin

Bundshaushalt für 2019 beschlossene Sache

Nach wochenlangen Beratungen haben die Bundestagsabgeordneten den Bundshaushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Zum sechsten Mal in Folge sind keine neuen Schulden aufgenommen worden. Der Bund wird im kommenden Jahr seine Ausgaben von 356,4 Mrd. Euro ohne neue Kredite finanzieren können. Die Schuldenstandsquote wird dadurch den vorgegebenen Schwellenwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unterschreiten. Im Jahr 2010 betrug die Quote noch 81 Prozent. Der Haushaltsplan zeichnet sich durch einen guten Mix aus Investitionen in die Zukunft, der Stärkung der inneren Sicherheit sowie Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. (siehe S. 2)



Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Wochen haben die GRÜNEN einen beachtlichen Aufschwung in der Wählergunst erfahren. Bei der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl kämen sie als zweitstärkste Kraft auf ungefähr 20%. Ich habe den Eindruck, dass wir nach all der Nabelschau und AfD-Hysterie diesem Mitbewerber endlich wieder mehr Aufmerksamkeit schenken sollten.

Schon ein aktueller Blick in die letzten Beschlüsse der Grünen lohnt da und lässt tief blicken: Der Hambacher Forst ist zum Beispiel unter der rot-grünen Landesregierung in NRW für den Kohleabbau und damit auch die Rodung freigegeben worden. Jetzt wo man in NRW nicht mehr regiert, macht man plötzlich gemeinsame Sache mit den Aktivisten und stellt sich gegen genau die Beschlüsse, die die Grünen in Regierungsverantwortung getroffen haben. Natürlich gibt es auch „gute“ Rodungen, für Windparks, für deren Bau ebenso große Waldflächen unwiederbringlich verschwinden müssen. Schauen wir auch auf die Diskussion um die Kontrolle der Autofahrverbote im Zusammenhang mit Luftreinhaltung in einigen Innenstädten Deutschlands. Rettet uns da wirklich der Vorschlag der GRÜNEN mit der nächsten, also der blauen Plakette? Wohl kaum. Die Partei blockiert weiterhin die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer, fordert im Asylrecht den kompletten Spurwechsel (in unsere Sozialsysteme) und ganz nebenbei soll eine der wichtigsten Sicherheitsbehörden, das Bundesamt für Verfassungsschutz, zerschlagen werden.

Eine neue Volkspartei sieht so nicht aus - also reden wir wieder drüber!

Ihr

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Mehr Geld für die Innere Sicherheit und Justiz

Die Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziels einer Stärkung der Sicherheitsbehörden mit 7.500 zusätzlichen Stellen in dieser Legislatur wird im Haushalt 2019 fortgesetzt. Das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik erhalten 475 bzw. 325 neue Stellen. Im Zusammenhang mit der Errichtung von AnKER-Zentren als Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber werden 313 zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen.

Darüber hinaus werden die Gerichte und Justizbehörden im Sinne des „Paktes für den Rechtsstaat“ gestärkt. Beim Generalbundesanwalt sind 37 und beim Bundesgerichtshof 24 neue Stellen vorgesehen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Etat 2019

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt investieren wir besonders in Familien und Wohnen: Mit der Erhöhung von Kinderfreibetrag und Kindergeld (ab 1. Juli 2019 um 10 Euro), mit dem Gute-Kita-Gesetz in die Qualitätsverbesserung der Betreuungsangebote, mit der Einführung eines Baukindergeldes in Höhe von 1.200 Euro je Kind sowie mit der Verbesserung bei der Rente und Pflege und der Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Einkommensteuertarif ab 1. Januar 2019.



Mit dem Fraktionsvorsitzenden bei der Bundespolizei

Gemeinsam mit dem neuen Unions-Fraktionsvorsitzenden, Ralph Brinkhaus, sind Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Innenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Blumberg, in die Nähe von Berlin gefahren, um sich von der Leistungskraft der Bundespolizei bei Gefahrenlagen wie z.B. einen Terroranschlag oder eine Geiselnahme zu überzeugen.

KURZ BERICHTET

Länder erzielen Haushaltsüberschüsse

Bis September 2018 lag der Überschuss der Gesamtheit der Bundesländer laut einem Bericht des Bundesfinanzministeriums bei 19,6 Mrd. Euro. Erstaunlich ist dies vor allem unter Berücksichtigung der Planungen der Länder, die von einem Finanzierungsdefizit von 3,6 Milliarden Euro ausgingen. Die acht westdeutschen Flächenländer haben bis September 2018 einen Überschuss von 11,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die fünf ostdeutschen Flächenländer kamen auf ein Plus von 4,4 Milliarden Euro. Bei den drei Stadtstaaten betrug der Überschuss 4,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig stieg das Investitionsvolumen der Bundesländer um 6,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr an.

Kommunen profitieren vom Haushalt 2019

Im Haushaltsplan für das Jahr 2019 sind 1,5 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen. Damit unterstützt der Bund die Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands von Sozialwohnungen. Darüber hinaus stehen über 31 Milliarden Euro für Maßnahmen mit kommunalem Bezug zur Verfügung. Die strukturelle Stärkung der ländlichen Räume wird durch verschiedene Maßnahmen fortgeführt, z.B. durch die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Auch der Hochschwarzwald wird von Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raumes profitieren.

TERMINHINWEISE

30. November 2018

Eröffnung Weihnachtsmarkt in Weil am Rhein
18:00 Uhr | Altweiler Lindenplatz

6. -8. Dezember 2018

31. Parteitag der CDU Deutschlands
Hamburg Messe | Hamburg

17. Dezember 2018

CDU Breisgau-Hochschwarzwald
Kreisvorstandssitzung mit Jahresabschluss
19:00 Uhr – 21.30 Uhr | Pfaffenweiler